

# Basler Regierung ist für Verbot von «Homo-Heilung» – Bundesrat nicht

BASEL. Von verschiedenen Seiten wird ein Verbot der umstrittenen Therapien gefordert. Doch der Bundesrat ist dagegen.

Die Regierung des Kantons Basel-Stadt verurteilt in einer Stellungnahme Behandlungen, die zum Ziel haben, Menschen von Homosexualität zu «heilen». Zudem will sie sich auf Bundesebene für ein Ver-

bot einsetzen, weil ein solches im Strafrecht voraussichtlich eine «wichtige Signalwirkung» hätte. Auch Stadtentwickler Lukas Ott unterstützt diese Haltung: «Ein Verbot würde den Behörden den Auftrag geben, solche Machenschaften zu untersuchen, und es würde Sanktionen ermöglichen, die es heute nicht gibt», sagt er gegenüber der «bz Basel».

Ein Verbot von «Homo-Heilungen» bei Kindern und Jugendlichen auf Bundesebene wird demnächst im Nationalrat bearbeitet. Rosmarie Quadranti (BDP) will mittels einer Motion den Bundesrat damit beauftragen, Konversions-therapien zu verbieten. Dieser aber empfiehlt die Motion zur Ablehnung: Die vorhandenen Mechanismen böten genug Schutz und es gebe keine Ge-

setzessammlung, in die man das Verbot schreiben könne.

Anders sieht das Roman Heggli von Pink Cross Schweiz: «Ich bin sprachlos, dass der Bundesrat noch immer keinen Handlungsbedarf erkennt.» Er zweifelt am politischen Willen, das Verbot durchzusetzen. Zudem verweist er auf einen Fall im Kanton Schwyz, wo ein solcher «Heiler» bereits aufgefliegen sei. LAS



Feiernde Homosexuelle an einer Pride: Die Regierung von Basel-Stadt verurteilt «Homo-Heilungen». REU